

# Straßburger Zeitung.

Nr. 13.

Montag den 18. Jänner

1864.

Die „Straßburger Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnemente-

Kreis: für Straßburg 3 fl., mit Verbindung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 fl., einzelne Nummern 5 fl.

Redaktion, Administration und Expedition: Straßburg-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergehalte Neiheit 5 Mr., im Anzeigebuch für die erste Ein-  
richtung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und  
Gelder übermittelt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 6. Jänner d. J. altergmäßigt zu gestatten geruht, daß der f. f. Gesandte Graf Paar das Großkreuz des königlich schlesischen Ritterordens; der f. f. Generalconsul Richard Lussej Ritter v. Miranu den ottomanischen Medschidje-Orden dritter Klasse; der f. f. Hof- und Ministerialsecretär im Ministerium des kais. Hauses und des Kaisers Maximilian Freiherr v. Werner das Ritterkreuz des sächsischen Albrecht-Ordens; das Ritterkreuz des hauptsächlichen Sächschen-Ordens und den ottomanischen Medschidje-Orden vierter Klasse; der f. f. Consul Ferdinand Haas das Ritterkreuz des päpstlichen St. Gregors Ordens und der Credens-Directions-Akademie im Ministerium des Kaisers Julius Rapprecht den ottomanischen Medschidje-Orden vierter Klasse annehmen und tragen dürfen.

## Nichtamtlicher Theil.

Straßburg, 18. Jänner.

Die „Gen. Corr.“ tritt der erhobenen Behauptung entgegen, daß der in der letzten Sitzung der Bundesversammlung von den deutschen Großmächten kundgegebene Entschluß, die Besetzung Schleswigs, wie sie von Österreich und Preußen am 14. Bunde beantragt war, nach erfolgter Ablehnung seitens des Bundesstags selbst in die Hand zu nehmen, lediglich im Interesse Dänemarks gefaßt sei und Österreich und Preußen nur die Absicht hätten, den Londoner Vertrag auszuführen. Dieser Vorwurf, sagt die „Gen. Corr.“, ist ein durchaus unberechtigter. Nicht um den Londoner Vertrag handelt es sich hier, sondern um die Stipulationen zwischen den deutschen Großstaaten und Dänemark, die ihm vorausgingen. Nicht das Londoner Uebereinkommen vom Jahre 1851, sondern jene Stipulationen vom Jahre 1851 — genauer gesprochen: jene vertragsmäßigen Abmachungen bezüglich Schleswigs, wie sie durch die österreichische Forderung vom 26. December 1851 und die Annahme vom 29. Jänner 1852 präzisiert wurden — sind es, denen Österreich und Preußen Geltung verschaffen wollen, indem sie militärische Maßregeln in Schleswig ergreifen. Dem Uebereinkommen wären die deutschen Großmächte ihrerseits gar nicht beigetreten, wenn ihnen gegenüber Dänemark sich nicht zu den erwähnten Zugeständnissen bezüglich Schleswigs vorläufig herbeigezogen hätten. Daß diese verwirklicht werden, ist ohne Widerrede ein deutsches Interesse; man verkennt einfach die Sachlage, wenn man in der Maßregel Förderung dänischer Interessen erblicken will. Die Durchführung der 1851er Stipulationen ist der Weisung Dänemarks gegenüber nur durch Zwang zu erreichen. Österreich und Preußen haben als europäische Großmächte die Zwangsmaßregeln in die Hand genommen, allerdings nicht, um den Krieg gegen Dänemark zu eröffnen, sondern um ein letztes Mittel zur Erhaltung des Friedens zu versuchen. Sie haben den Gefanden in Wien und Berlin anzuzeigen, wegen des beabsichtigten Einmarsches in Schleswig Voraussetzungen zu machen.

Nach der „Karlsruher Zeitung“ hat das Ministerium beschlossen, die Mobilisierung vorzubereiten und die Gefanden in Wien und Berlin anzusegnen, wegen des beabsichtigten Einmarsches in Schleswig Voraussetzungen zu machen. Nach der „Frankf. Post-Zeitung“ erfolgte in der Bundestagsitzung vom 14. d. die Verwahrung der Majorität (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Anhalt-Gotha), so wie die drei-

deutigste Vertheidigung. Die Majorität des Bundesstags hat die Theilnahme abgelehnt; sie hat es verweigert, diesen Boden zu betreten, sie will sich auf einen andern stellen. Sie will aus der nichtoffensiven Verfassungsfrage eine offensive Territorialfrage machen und ein Gebiet, das unbestritten zum deutschen Bunde nicht gehört, nicht einmal für ein wirkliches, sondern nur für ein präsumtives Bundesmitglied erobern. Die Unterschiede dessen, was von der einen und von der anderen Seite angestrebt wird, sind augenfällig, daß die von den deutschen Großmächten eingenommene Haltung die einzige und allein völkerrechtlich korrekte ist, bedarf einer weiteren Erörterung ebenso wenig, als daß die berechtigten Interessen Deutschlands auf diesem Weg, und nur auf diesem, so rasch und sicher als möglich zur Geltung gebracht werden können.

Unmittelbar nach Verwerfung des österreichisch-preußischen Antrages auf Occupation Schleswigs schon in der Nacht vom 14. auf den 15. d.) ist das

Österreichisch-preußische Ultimatum nach Kopenhagen abgegangen, in welchem an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der deutschen Großmächte schon seit dem 8. d.

der letzten Sitzung abgegeben, in welcher an Dänemark die Aufforderung ergeht, binnen achtundvierzig Stunden sich mit Ja oder Nein darüber zu erklären, ob es die November-Verfassung aufheben wolle oder nicht. Von der Antwort Dänemarks auf dieses Ultimatum hängt das Verbleiben oder die sofortige Abreise der beiden Gesandten Österreichs und Preußens ab. Da die Vertreter der

turrt haben, oder wie ihn die Reformvorschläge des Kaisers in Zukunft constituirten würden. Einen Bund dagegen, der ohne Rücksicht auf Gesetz und Verfassung aus politischer Conventenz beliebige Beschlüsse fasse, konnte diese Erklärung nicht im Auge haben." Auch an anderer Stelle nimmt die Depeche des Grafen Rechberg auf die Reform-Akte und in Frankfurt darüber geführte Verhandlungen Bezug, um zu zeigen, wie jorgsam man bemüht gewesen, jedem nur möglichen Eingriff in die Selbständigkeit der einzelnen Bundesglieder vorzubeugen. Auch wird erklärt, daß der Bund frei sei vom Londoner Vertrage, daß niemand ihm zumuthe, denselben anzuerkennen oder ihm nachträglich beizutreten. So klar sei das Recht des Bundes, ohne alle Rücksicht auf jenen Tractat seine Beschlüsse zu fassen, daß es überflüssig erscheine, dieses Recht ausdrücklich geltend zu machen. Aber daraus folge nicht, daß der Bund unter dem Drucke einer ausgeregneten öffentlichen Meinung zu competenzwidrigen Beschlüssen sich durstet hinreisen lassen.

Die Circular-Depeche des Herrn Drouyn de Lhuys an die Mittelstaaten Deutschlands soll, wie man der "Kölner Ztg." schreibt, dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten im Entwurfe aus dem Gabinete des Kaisers zugekommen sein.

Wie sie "K.Z." erfährt, sind die von der französischen Regierung an die deutschen Mittel- und Kleinstaaten gerichteten Depechen nicht gleichlautend. Auch an die Gabinete von Wien und Berlin sollen unterm 8. Jänner Depechen Drouyn's gerichtet worden sein, doch ist nicht recht glaublich, daß wie die "EDZ." versichert, das französische Cabinet sich mit der Annahme beider Großmächte einverstanden erklärt. Frankreich kann nicht gut in der Note an die Mittelstaaten den Londoner Vertrag ein "ohnmächtiges Nachwort" nennen, und gleichzeitig mit dem Verhalten der Großmächte, das in diesem Vertrag allein begründet ist, einverstanden sein. Nach der "Prese" waren bereits die französischen Gesandten angewiesen, in Wien und Berlin zu erklären, daß für Frankreich in dem Fall, als die deutschen Großmächte als europäische Mächte intervenieren, der Streit mit Dänemark aufhören, eine innere deutsche Angelegenheit zu sein, und einen europäischen Charakter annehmen, der Frankreich zwinge, sich nach Maßgabe seiner Interessen an der Entscheidung zu beteiligen.

Der Gesandte Schwedens beim Bund, der bisher in Brüssel domicilierte, ist nach Frankfurt übergesiedelt. Aus Oldenburg geht der "Kölner Ztg." eine Mitteilung zu, welche sich gegen die Angaben der "P.P." und der "K.Z." wendet als befänden sich im Besitz des Großherzogs von Oldenburg unbekannte Documente von höchster Wichtigkeit, an denen sich sehr bedeutsame Rechtsansprüche Oldenburgs auf die Erfolge in Holstein ergeben und die deshalb demnächst dem Bunde überreicht werden sollten. Es heißt darüber: "Wäre diese Angabe irgendwie begründet, so wäre es geradezu unverständlich, warum Oldenburg mit diesen Papieren weder 1846, als die Erfolge zu einem Landwirtschaftsbetriebe gehörigen Wagen auszudehnen.

Wezyk beantragt, ein Grundbesitzer, welcher wenigstens 100 Joch Grund besitzt, soll für einen Wagen zwei Wagenpferde, ein Reitpferd und einen Knecht dem Bunde überreicht werden sollten. Es heißt darüber: "Wäre diese Angabe irgendwie begründet, so wäre es geradezu unverständlich, warum Oldenburg mit diesen Papieren weder 1846, als die Erfolge zu einem Landwirtschaftsbetriebe gehörigen Wagen auszudehnen.

Grocholski beantragt, unter die der Steuer nicht unterliegende Dienerschaft auch die Gutschmiede und Deconomisten einzubeziehen und die Steuerbefreiung bezüglich der Wagen und Pferde auch auf die Wagenhändler (nicht blos Fabrikanten) auszudehnen, ferner in dem Passus über Steuerbefreiung, "Pferdezüchter, hinsichtlich der in Gestütte oder nur zur Bucht gehaltenen Pferde", das Wörtchen "nur" wegzulassen. (Sämtliche Anträge werden hinreichend unterstützt.)

Über Antrag Steffens wird die Sitzung um 2 1/4 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: Dienstag. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Sitzung des Herrenhauses vom 16. Jänner.

Auf der Prinzenbank waren Ihre k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. d. M. das von beiden Häusern des Reichsrathes angenommene Gesetz in Betreff der Begünstigungen für die Unternehmung einer Locomotiv-Eisenbahn von Lemberg nach Czernowitz allgemein genehmigt.

Die Art I. III. und VI. stimmen mit den gleichen Artikeln nach dem Beschuß des Abgeordnetenhauses. Der vom andern Hause bei Art. II. gemachte Zusatz: "Die zu Belohnungen und Abhilfen bestimmten Beträge dürfen nur für Beamte und Diener mit einer 2000. fl. nicht übersteigenden Besoldung verweidet werden," wird zum Weglassen beantragt, und die Commission schlägt zugleich vor, dem Art.

Freiherr v. Dobblhoff beantragt in der Verhandlung über § 3 des Gesetzentwurfes innehaltenden und den Ausschuß zu beauftragen, er möge die Ausführbarkeit des Bertheilungsmodus einer gründlichen Enquête unterziehen. (Unterstützt.)

Plener. Die Regierung hat sich bisher nur principiell für die Bertheilung ausgesprochen, jedoch den Bertheilungsmodus, sich im Verordnungswege zu regeln, vorbehalten. Die Zersplitterung, welche durch Abschaffung an die verschiedenen Steuerämter entstünde, müßte er im Namen der Regierung für unpraktisch erklären. Er würde daher beantragen, daß es der Regierung vorbehalten werde, die Einhebung in dem statutennäßigen Stammorte vorzunehmen, und daß bei der Fassung des § 3 hierauf Rücksicht genommen würde.

Bei der Abstimmung wird der Vertagungsantrag Dobblhof's abgelehnt (nur die Abgeordneten aus Niederösterreich stimmen dafür) und der § 3 nach der nunmehr modifizierten Fassung des Ausschusses angenommen.

Gegen § 4 spricht Dr. Berger, gegen § 3 und 6 Dr. Kaiser; dieselben werden jedoch angenommen. (Bei der Abstimmung über § 6 war das Haus hart an der Gräne der Beschlusshälfte.)

Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte mit Majorität angenommen. Rücksichtlich des Antrags des Finanzministers beantragt Herbst, daß der Ausschuß denselben noch vor der dritten Lesung des Entwurfes in Erwägung ziehe. (Angenommen.)

Folgt der zweite Gegenstand der Tagesordnung betreffend den Gefechtentwurf über die Luxussteuer. Bei § 8 spricht Puskar in gegen die Einführung der neuen Steuer, iniolange die in Siebenbürgen bisher allein bestehenden Steuern und Taxen nicht abgeschafft sind. Er beantragt, die Befreiung von der Luxussteuer auf Dienerschaft und Pferde auch auf die Viehhöfe auszudehnen.

Gulli beantragt im Interesse der siebenbürgischen Städtebauer, daß der Passus "infoerne sich diese Personen außerhalb der Städte befinden" entfalle.

Pratobevera fragt: warum keine besondere Bestimmung des Allerhöchsten Hofs von der Luxussteuer aufgenommen worden sei. Ferner stellt er den Antrag, Schiffer von der Steuer für Zugpferde zu befreien.

Berichterstatter erklärt, daß der Ausschuß die Befreiung des Allerhöchsten Hofs für selbstverständlich gehalten.

Graf Brants beantragt die Befreiung auf die zum Landwirtschaftsbetriebe gehörigen Wagen auszudehnen.

Wezyk beantragt, ein Grundbesitzer, welcher wenigstens 100 Joch Grund besitzt, soll für einen Wagen zwei Wagenpferde, ein Reitpferd und einen Knecht dem Bunde überreicht werden sollten. Es heißt darüber:

"Wäre diese Angabe irgendwie begründet, so wäre es geradezu unverständlich, warum Oldenburg mit diesen Papieren weder 1846, als die Erfolge zu einem Landwirtschaftsbetriebe gehörigen Wagen auszudehnen.

Grocholski beantragt, unter die der Steuer nicht unterliegende Dienerschaft auch die Gutschmiede und Deconomisten einzubeziehen und die Steuerbefreiung bezüglich der Wagen und Pferde auch auf die Wagenhändler (nicht blos Fabrikanten) auszudehnen, ferner in dem Passus über Steuerbefreiung, "Pferdezüchter, hinsichtlich der in Gestütte oder nur zur Bucht gehaltenen Pferde", das Wörtchen "nur" wegzulassen. (Sämtliche Anträge werden hinreichend unterstützt.)

Über Antrag Steffens wird die Sitzung um 2 1/4 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung: Dienstag. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Sitzung des Herrenhauses vom 16. Jänner.

Auf der Prinzenbank waren Ihre k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. d. M. das von beiden Häusern des Reichsrathes angenommene Gesetz in Betreff der Begünstigungen für die Unternehmung einer Locomotiv-Eisenbahn von Lemberg nach Czernowitz allgemein genehmigt.

Die Art I. III. und VI. stimmen mit den gleichen Artikeln nach dem Beschuß des Abgeordnetenhauses. Der vom andern Hause bei Art. II. gemachte Zusatz: "Die zu Belohnungen und Abhilfen bestimmten Beträge dürfen nur für Beamte und Diener mit einer 2000. fl. nicht übersteigenden Besoldung verweidet werden," wird zum Weglassen beantragt, und die Commission schlägt zugleich vor, dem Art.

II. beizufügen: "Es ist gestattet, Ersparnisse, welche in einem Titel des Erfordernisses der Kriegsmarine erzielt werden, für Ausgaben eines andern Titels zu verwenden."

Es werden hierauf die einzelnen Capitel des "Erfordernisses" vorgetragen und die Resultate der Abstimmung hervorgehoben. Hierdurch ergibt sich für Art. I der abändernde Zusatz der Gesamtausgaben mit 615,021,472 fl. und zwar an ordentlichen Abschaffung an die verschiedenen Steuerämter entstünde, mit 509,645,122 fl. und an außerordentlichen mit 105,876,520 fl. während im Art. III die geänderte Ziffer der Gesamtausgaben sich auf 568,373,175 fl. beläuft.

Gemäß dieser vom Zusatz des Abgeordnetenhauses beauftragten Positionen beträgt daher die im Art. VI als "unbedeckt" verbleibende Summe die Höhe von 46,648,472 fl.

Begrüßt der vom anderen Hause ausgesprochenen Wünsche und Resolutionen stellt die verstärkte Finanzcommission der Antrag:

Das hohe Herrenhaus wolle beschließen, der kaiserlichen Regierung zu eröffnen, daß das hohe Herrenhaus die weitere Berücksichtigung der Wünsche, wie sie von dem Herrenhaus aus Anlaß der Budgets für 1862 und 1863 zur Sprache gebracht wurden und insoweit dieselben bis nunz noch nicht vollständig zur Erfüllung kamen, vertrauensvoll erwarte.

Der Commissionsantrag wird bei der Abstimmung angenommen.

Nächste Sitzung: Montag. Tagesordnung Gebührenregelung.

Der Ausschuß zur Vorberathung der Luxussteuer hat gestern Sitzung gehalten, um die im Plenum des Abgeordnetenhauses gestellten Amenden-

ments zu betrachten. Derselbe hat gestern nur den §. 3 und die zu demselben gestellten Amendments erledigt. Es wurde das Amendment des Freiherrn v. Walterskirchen teilweise adoptirt, so daß beantragt wird, den Familien von 5 oder mehr Personen einen dritten steuerfreien Dienstboten zu gestatten.

Eine Ausdehnung der Steuerbefreiung auf eine größere Anzahl von Dienstboten im Falle einer noch größeren Anzahl von Familienmitgliedern, wie sie Freiherr v. Walterskirchen und Seine beantragten, wurde vom Ausschuß nicht als zulässig erachtet.

Der Ausschuß für die siebenbürgische Eisenbahnfrage ist am 16. d. in die Verathung der Frage eingetreten, welche Linie zu bauen sei. Es lagen 2 Anträge vor. Der eine ging dahin, vorerst die Richtung festzustellen, in welcher gebaut werden sollte, ob nach Galatz oder über Bukarest nach Varna zu;

der andere Antrag ging dahin, vor Allem die Ausgangspunkte der Bahn festzustellen. Der Ausschuß adoptierte den ersten Antrag und hat zunächst Beratung darüber begonnen, in welcher Richtung die Bahn zu führen sei.

Am 16. d. hielt der Finanzausschuß Sitzung und hat den Bericht bezüglich der Nachtragsforderung pr. 525.000 fl. für den allgemeinen Dispositionsfonds genehmigt. Ein Minoritäts-Votum ist nicht angefügt.

#### ESTERREICHISCHE MONARCHIE.

Wien, 17. Jänner. Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. d. M. das von beiden Häusern des Reichsrathes angenommene Gesetz in Betreff der Begünstigungen für die Unternehmung einer Locomotiv-Eisenbahn von Lemberg nach Czernowitz allgemein genehmigt.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich deshalb in sehr mühslichen Verhältnissen befindet, ja selbst von fremder Unterstützung lebt, hat durch Dr. A. auf die vom Staate confisierte und bei dem Depositenteile erliegende Verlassenschaftsumme von 72.000 fl. Rechtsansprüche geltend gemacht, und zwar auf ihr mitgebrachtes Heiratsgut.

Die verwitwete Baronin Gynatten, welche für ihre vier unverheiratheten Kinder nur einen Erziehungsbetrag von 200 fl. beziebt, und sich des

## Deutschland.

Aus Kiel, 15. Jänner, wird gemeldet: Herzog Friedrich empfing heute die Deputation der holsteinischen Prediger. — Die Dänen sind eifrig mit Aufreisung des Schleswig-Holsteinschen Prediger. — Der Befehl zur Räumung des Schlosses Gottorp ist wieder zurückgenommen worden.

Der „Altonaer Mercur“ berichtet aus dem südwestlichen Schleswig unterm 13. d. M.: Das dänische Militär baut bei Schwabstedt eine Brücke über die dajelbst 100 Fuß breite und 14 Fuß tiefe Treene, wahrscheinlich um die Retirade von Friedrichstadt zu erleichtern. Die Treene ist zugeschoren und wird seit einer Woche mittelst Fuhrwerks passirt. Die Eider ist ebenfalls überall passirbar. Zwischen Husum und den Nordstrandinseln bildet sich seit einigen Tagen eine hältbare Eisdecke. Hier befindet sich wenig Militär.

Aus Rendsburg, 14. Jänner, wird dem „A. M.“ geschrieben: Gestern hat der Befehlshaber der dänischen Truppen im Kronwerk v. Bülow eine Unterredung mit dem hiesigen Platzcommandanten, dem sächsischen Oberst v. Bornsberg, in der Wohnung des letzteren am Paradeplatz gehabt. Bülow hatte hin und zurück durch die Straßen der Stadt sächsische Escorte. Der Zweck seines Kommandos wird geheim gehalten; vielleicht betrifft es nichts anderes als die dreifarbigem Fahnen von den Thürmen, an der Kronwerk-Schleuse usw., welche fortwährend den Dänen ein schreckliches Aergerniß sind und am Tage vorher wegen der Anwesenheit der Bundescommissäre reicher als gewöhnlich entfaltet waren.

Die „H. B. = H.“ veröffentlicht die Erklärung des dänischen Oberpostamts in Hamburg, in welcher sich dieses gegen die Vorwürfe der Verlegung des Briefgeheimnisses wahrt und dieselben als Verleumdung erklärt.

Bei einer in Leipzig am 15. d. stattgehabten großen Volksversammlung wurde folgende Resolution gefaßt: Die Versammlung erklärt: Der Londoner Vertrag ist unverbindlich. Die Eigenmächtigkeit der deutschen Großmächte constituirte den offenen Bundesbruch. Die Landesvertretungen Preußens und Österreichs seien mitverantwortlich, und alles sei daran zu richten, den Bundesbruch zu verhindern.

Aus Darmstadt schreibt man: Nach den hier eingelaufenen theils Privat-, theils öffentlichen Schreiben zu schließen, werden sämtliche Deutsche Regierungen an dem hier stattfindenden ersten Congress von Vorständen der amtlichen statistischen Bureaux durch Abgeordnetetheilnehmen.

Die „Pos. Btg.“ schreibt: Am 13. haben in Posen wieder mehrere Haussuchungen stattgefunden, über deren Resultat nur so viel verlautet, daß man der Existenz eines Executionsausschusses der polnischen Nationalregierung auf die Spur gekommen ist. Der Literat Dr. Szulc ist vorgezettelt hier verhaftet worden, ebenso der Gutsbesitzer Zygmunt v. Zychlinski aus dem Breslauer Kreis. Der Gutsbesitzer Kierski auf Briefen ist nach zuvor stattgehabter Haussuchung am vergangenen Sonnabend nach Wronowiz in das Stadtgefängnis transportiert worden. Der Probst Andersz zu Jaraczevo ist inzwischen nach einer mehrmonatlichen Haft aus der Hausvoigtei zu Berlin entlassen und in seine Heimat zurückgekehrt.

Am 15. d. ist in Posen, wie die „Pos. Btg.“ meldet, Leon Królikowski, früher Ober-Ingenieur der Warschau-Königlichen Eisenbahn und, wie behauptet wird, mehrjähriger Chef der Warschauer Nationalregierung, verhaftet worden.

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhaus vom 16. d. fand die Schlusabstimmung über das Budget pro 1864 statt. Es wurde der verkürzte Etat angenommen. Dagegen stimmten Jacoby mit wenigen Freunden, die conservative Partei und der Minister v. Selchow. Die liberalen Fractionen (Schulze) bringen folgende Resolution ein:

In Erwagung, daß Preußen gemeinsam mit Österreich am Bunde erklärte, es werde sich dem Bundesbeschuß vom 14. d. widersetzen und die schleswig-holsteinische Sache in eigener Hand nehmen und die Besetzung Schleswigs als europäische Großmacht ausführen, in Erwagung, daß Preußen damit von Deutschland abfällt und seine Großmachtstellung mißbraucht, daß die preußisch-österreichische Politik keinen anderen Ergebnis haben kann als die Herzogtümer abermals Dänemark zu überliefern, daß die angedrohte Vergewaltigung den wohlberechtigten Widerstand der übrigen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert, erklärt das Haus, daß es mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dieser Politik entgegentreten werde.

Diese (Schulze'sche) Resolution wird der Anleihecommission zur Berichterstattung überwiesen.

Das Abgeordnetenhaus debattirt über die Freilassung der verhafteten polnischen Abgeordneten. Das Haus beschließt die Freilassung Sulerzyki's. Wegen Freilassung Niegolewski's war die Abstimmung zweifelhaft, worauf in namentlicher Abstimmung mit 135 gegen 133 Stimmen dessen Freilassung ausgesprochen wurde. Die Freilassung Schumanns wurde mit 168 gegen 133 Stimmen angenommen, und auch für Freilassung Lubenski's hat sich das Haus erklärt.

In der Herrnhäusigung wurde die Antwort des Königs vom 13. d. M. auf die Adresse des Herrenhauses verlesen. In dieser Antwort heißt es u. a.: Das Herrenhaus sei von der richtigen Erkenntniß geleitet, daß angefachtes drohender Verwicklungen die Wege der Politik sich nicht im voraus bestimmen lassen, daß Rechtsfragen und völkerrechtliche Beziehungen nicht durch Wünsche und Sympathien entschieden werden können, daß aber — worüber alle einig — die Wahrung der Rechte Deutschlands, wie der Ehre und Macht Preußens erreicht werden soll, es daher unumgänglich nötig sei, für alle Fälle gerüstet zu sein.

Die „Neu. Frankf. Btg.“ erklärt die Nachricht in Berliner Blättern, das Bankhaus Rothschild habe bezüglich einer jüngst geäußerten Anerkennung der preußischen Regierung Anerkennungen gemacht, für unbegründet.

## Frankreich.

Paris, 13. Januar. Der gesetzgebende Körper in Paris fest die Specialdebatte der Adresse fort. Vorgestern hielt Thiers wieder eine interessante Rede bei Gelegenheit des Abschlusses der Adresse über die Wahl. Der Präsident des Staatsrates, Roulard antwortete ihm Namens der Regierung, er stehe ganz auf demselben Standpunkte wie Jules Favre.

Der französische Gesandte in der Union, Hr. Mercier, der sich gegenwärtig in Paris befindet, hat dem Kaiser ein Vermittlungsprojekt zwischen den kriegsführenden Parteien in Amerika vorgelegt.

Der „C. B.“ wird aus Paris, 13. d., geschrieben: Gestern Nachts haben auch in der Vorstadt St. Jacques neue Verhaftungen stattgefunden, die man mit dem letzten Attentat in Verbindung bringt. Die Polizei scheint überhaupt noch sehr beunruhigt; so ist gestern in der Opera Comique, die der Kaiser besuchte, um die neue Oper Aubert's: „Die Verlobte des Königs von Gorces“, zu sehen, ein Leutnant der Kaiserlichen Loge von Mittags bis zur Aufführung des Kaisers stationiert gewesen.

## Großbritannien.

London, 14. Jan. Laut der letzten Bulletins aus Frogmore ist der kleine Prinz vollständig wohl und die Besserung in dem Befinden der Prinzeness von Wales macht ununterbrochen Fortschritte. S. M. die Königin hat Frogmore schon wieder verlassen und befindet sich seit gestern wieder in Osborne, doch wird sie gegen Ende der nächsten Woche in Windsor zurückkehren. — Lord Palmerston hat wieder einen Sichtanfall und konate dem letzten Cabinetsrath nicht beizuhören.

## Dänemark.

„Hortens Avis“ bringt folgende eigenthümliche Geschichte: Wie bekannt, war Friedrich VII. ein sehr ehriges Mitglied der Freimaurerloge, welche daher unter seiner Regierung florirte. Dies scheint inzwischen nicht der Fall werden zu sollen unter König Christian IX., welcher nicht Freimaurer ist und die Freimaurer nicht liebt, so daß er es denselben nicht einmal gestattete einen Silberzeig auf Friedrich VII. Sarg zu legen, obgleich sie ihn darum mittelst einer Deputation ersuchen. Letztere hatte sogar die Aufgabe Sr. Majestät um seine Protection zu bitten, wobei derselbe jedoch keine Zusage zu Theil wurde, und da der König später nichts von sich hat hören lassen, ist es wahrscheinlich, daß er nichts von der Loge wissen will. Dieselbe wird denn unter seiner Regierung eingehen müssen, indem sie nach dem Freimaurerfest unter einem Kasino nicht bestehen darf, der selbige nicht sanctionirt. Daß derartiges wohl noch niemals passirt ist, so herrscht hier über großes Mizvergnügen unter den Freimaurern.

## Nußland.

Aus Warschau, 13. Januar, schreibt man: Heute Vormittag hat wegen des russischen Festes der zweiten Neujahrsempfang beim Grafen Berg stattgefunden. Graf Berg hielt an die Officiere folgende Anrede: „Meine Herren! Ich gratulire Ihnen zum neuen Jahre und wünsche jedem Einzelnen jegliches Glück. Bleiben Sie erfüllt von der Wichtigkeit der Aufgabe unserer Armee. Wir müssen nicht allein die Bewohner gemeinen Verrathes vereiteln, sondern gleichzeitig auch der polnischen Nation ein Beispiel bürgerlicher Tugenden geben, indem wir unsere Pflichten beständig und pünktlich erfüllen und unserem großen Monarchen unerschütterliche Anhänglichkeit bewahren.“

Der „Dzien. pow.“ vom 14. enthält neue Verordnungen hinsichtlich der Organisation und Kompetenz der Militärpolizeiverwaltung, der jetzt das ganze Land unterworfen ist.

Ferner meldet der „Dzien. pow.“ vom 14. d., daß ähnlich wie in der Kiel-Krakauer und Plock-Dioceze, auf Anordnung des Bischofs auch in der Lubliner Diocese die Kirchentrauer aufgehoben wurde, und daß in Lublin nun der Orgel- und Glockenklang wieder ertönt.

Ein Correspondent des „Russischen Invaliden“ berichtet aus Lomza unterm 14. v. M. Die Zahl der zurückgekehrten und freiwillig sich meldenden Insurgenten wächst täglich und beträgt schon 3000 Personen; von diesen wurden 633 nach abgelegtem Eid nach ihren Kantonsirungs-Orten abgeschickt. Aus Piastkow hat der Stabskapitän Labuncow Nachforschungen in der Ortschaft Haide angestellt; er machte mit einem kleinen Detachement in einem Tag 53 Werst und erbeutete von den Insurgenten in der Gegend des Dorfes Dlugiestdo 12 Pferde und 18 Stuten.

In Preußen formiren sich bei Friedrichshof und Olutowin zahlreiche Insurgentencorps, um die russisch-polnische Gränze zu überschreiten. Es wurden Vorkehrungen getroffen, diese zurückzudrängen. In Waldigen Ortschaften an der Narew, dann in den Gegenden von Gaus, Puchala und Lutostan, dann bei Jedwabno, Malý-Płock und Poryt werden Wälzer ausgebauen und Wege gemacht. Der Major der Gränzwache, Denskin, hat bei Dobrzyn unter anderem auch den Wachtmeister der Hängegendarmen verhaftet, der in dieser Gegend unter dem Namen Garibaldi bekannt, dessen wirklicher Name jedoch Josef Afelski ist.

Ein Warschauer Correspondent der „St. Peterburger Btg.“ erzählt folgende Thatsache: Am 25. Nov. nahmen die Insurgenten während des Nebenfalls der Stadt Opatow 2 Kosaken und 3 Gendarmen gefangen und führten sie in den Wald. Dort verlangten sie von ihnen der Nationalregierung den Eid der Treue zu leisten und in ihre Dienste zu treten. Von Anfang verfluchten sie die Soldaten dazu durch Bitten und Versprechungen guten Soldes zu bewegen und hierauf durch Schreien und Drohen; als diese aber entschieden erklärt, daß sie ihren geleisteten Eid nie brechen werden, fingen die Insurgenten die unglichen Opfer unbarmherzig zu misshandeln an. Sie führten sie dann in einen dichten Wald, wo sie die halb Entseelten erschossen. Dieses

unmenschliche und barbarische Verfahren hatte sogar unter den Insurgenten eine Verabschebung hervorgerufen; ein junger Pole, Franz P., über diese That entrüstet, verließ die Reihen seiner Collegen und stellte sich bei dem Radomer Kriegscommandanten, General Uzakow, dem er Alles erzählte und hinzugegte, daß die 2 Kosaken Emilian Gorbuzow und Constantin Lukowski hießen und er der Namen der Gendarmen sich nicht erinnern könne.

## Amerika.

Laut Berichten aus San Domingo ist dort von den Aufständischen eine provvisorische Regierung gebildet worden. Die Spanier haben zwar Azua genommen, sonst aber keine Fortschritte gemacht.

Reuter's Bureau hat die Nachricht von einer blutigen Schlacht erhalten, die in der Ecuador-Republik zwischen dem General Flores und Mosquera stattgefunden habe. Flores wurde geschlagen und mußte die Flucht ergreifen. Er verlor 1500 Mann an Getöteten und Verwundeten, und 2000 an Gefangenen.

## Local- und Provinzial-Nachrichten.

### Krakau, den 18. Jänner.

Vorgestern (Sonnabend) wurden in den Schlafverhandlungen des hiesigen k. k. Landesgerichts die H. Joseph Dabki, Tischler aus dem Königreich Polen, Vincenz Beer, hiesiger Friseur, und Adolph Balawski, Grundbesitzer aus dem Königreich, für schuldig erkannt des Verbrechens der Störung des öffentlichen Ruhs nach §. 66 St. G. durch Teilnahme am Aufstand, zu 1 Monat Gefängnis, letzterer überdies zur Landesverweisung nach ausgedehnter Strafe verurtheilt. Gegen erstere beide Urtheile besteht sich die k. k. Staatsanwaltschaft die Berufung vor, gegen letzteres legten sowohl diese als der Angeklagte Hr. Balawski die Berufung sofort ein.

Das erste „Kranzchen“ in hiesigen allgemeinen Castinover ein war zahlreich besucht. Zur Anmunition der Gesellschaft hat zu meist die prächtige Cremation der Lanzenmusik durch die Regiments-Capelle König von Hannover beigetragen. Eine vom Capellmeister H. Wiedemann aus den Motiven der bekannten Operette „Flotte Bürge“ vorzüglich zusammengesetzte Quadrille hat sensation erzeugt und mußte auf allgemein ausgeprochenes Verlangen wiederholt werden.

Wie schon erwähnt, findet am 18. d. die Wasserweihe in der gr. kath. Kirche statt. Die „Chwila“ schreibt darüber: Es hieß, die in der orientalischen Kirche am h. Dreikönigstag nach dem Julianischen Kalender übliche Feier (der Wasserweihe) werde diesmal am 18. d. an der Weihel stattfinden. So viel uns jedoch bekannt, wird dieselbe wegen Unpäfigkeit des griech. unierten Propstes sich auf die Feierlichkeit in der Parochial-St. Norbert-Kirche befrüchten.

Eine der (auch heute als Beilage zur gestrigen Sonntagsnummer erschienene) „Chwila“ aus Lemberg zugekommene telegraphische Depesche meldet die Suspensions der Herausgabe des „Dziennik narodowy.“

„In der Nacht am 13. d. hat in Brody ein sorgfältig bewachter Gefangener trotz aller Voricht zu entfliehen gewußt. Ein am 13. December v. J. eingefangener Hr. Górecki oder — wie es heißt — Waligorecki, in welchem der Commandant eines für Wolhynien bestimmten Insurgentencorps vermutet wird, wurde über ein ärztliches Zeugnis in's hierortige Spital gegeben und da auf's Sorgfältige verwacht. In der leicht verlorenen Nacht begab sich der Gefangene in den Abort, an dessen Eingang die ihm begleitenden zwei Soldaten zurückblieben, während er durch die unbeküft für diese Flucht geöffnete Hintertür in den Hof sprang, hier mittelst einer außen angelehnten Leiter über den Zaun gelangte und in einem bereit gehaltenen Schlepp davon fuhr. Man ist seit gestern Abends eifrig bemüht, des Entwichenen wieder zu habhaft zu werden.“

Ein der (auch heute als Beilage zur gestrigen Sonntagsnummer erschienene) „Chwila“ aus Lemberg zugekommene telegraphische Depesche meldet die Suspensions der Herausgabe des „Dziennik narodowy.“

„In der Nacht am 13. d. hat in Brody ein sorgfältig bewachter Gefangener trotz aller Voricht zu entfliehen gewußt. Ein am 13. December v. J. eingefangener Hr. Górecki oder — wie es heißt — Waligorecki, in welchem der Commandant eines für Wolhynien bestimmten Insurgentencorps vermutet wird, wurde über ein ärztliches Zeugnis in's hierortige Spital gegeben und da auf's Sorgfältige verwacht. In der leicht verlorenen Nacht begab sich der Gefangene in den Abort, an dessen Eingang die ihm begleitenden zwei Soldaten zurückblieben, während er durch die unbeküft für diese Flucht geöffnete Hintertür in den Hof sprang, hier mittelst einer außen angelehnten Leiter über den Zaun gelangte und in einem bereit gehaltenen Schlepp davon fuhr. Man ist seit gestern Abends eifrig bemüht, des Entwichenen wieder zu habhaft zu werden.“

Ein Correspondent der „Preß“ haben die Befreiung der für das Jahr 1864 gewonnene 40.000 fl. Nr. 97910 gewonnen.

33027 gewann 2000 fl., Nr. 57100 und 17346 gewann je 400 fl., Nr. 96149, 27008, 16384, 65877 gewann je 200 fl., Nr. 60164, 8502, 95876, 77557, 536, 87801, 54171, 73839 gewann je 120 fl., Nr. 97941, 43160, 10748, 1754, 50528, 17071, 61241, 28512, 30006, 95138, 74145, 97313, 47788 gewann je 100 fl.

— [Bank-Direction] Nach der „Preß“ haben die Bankdirektoren sich einstimmig geeinigt, bei der bevorstehenden Generalsammlung der Bant zur Belebung der erledigten 2 Directoressstellen ihre Stimmen dem Mitglied des Ausschusses, Dr. Egger, Director der ersten österreichischen Sparkasse, und dem Bankensor Carl Zimmerman (von der Firma Phil. Zimmerman's Witwe & Sohn), ersten Vice-Präsidenten des niederösterreichischen Gewerbevereins, zu geben, und diese Wahlen überhaupt zu empfehlen.

Petersburger Briefe melden, daß Baron Steiglitz den Auftrag habe, im Ausland die Petersburg-Moskauer Eisenbahn zu verkaufen oder auch zu verpachten.

Breslau, 16. Jänner. Amtliche Notirungen. Preis für eine preuß. Schaffel d. i. über 14 Garne in Pr. Silberg. — 5 fr. öst. W. — Angio: Weißer Weizen von 54 — 68. Gelber 52 — 61. Roggen 38 — 42. Gerste 31 — 37. Hafer 25 — 29. Erbsen 40 — 50. — Winterrüben per 150 Pfund Brutto: 165 bis 185. — Sommerrüben per 150 Pfund Brutto: 138 — 158. Roher Kleesamen für einen Sollcenter (89) Wiener Pf. preuß. Thaler (zu 1 fl. 57) fr. österreichische Währung außer Angio) von 9 — 13 Thlr. Weizen von 9 — 19 Thlr.

Berlin, 16. Jänner. Schlüsselfurs. Wien 81. — 1860er Lose 76. — Nat.-Ausl. 66. — Staatsb. 103. — Credit-Act. 74.

Geschäft schwach, Schlaf ruhig.

Frankfurt, 16. Jänner. Schlüsselfurs. Wien 96. — Nat. Ausl. 64. — Staatsb. 184. — Credit-Act. 174. — 1860er Lose 76. — Fest.

Hamburg, 16. Jänner. Credit-Act. 74. — National-Anlehen 66. — 1860er Lose 76. — Wien fehlt.

Biennliches Geschäft in österr. Effecten, anfangs fest, schloß etwas matter. Discont 4pt.

Paris, 16. Jänner. Schlüsselfurs: 3 percent. Rente 66.70. — 4 percent. 94.30. — Staatsbahn 302. — Credit-Mobilier 1028. — Lomb. 521. — Ost. 1860er Lose 985. — Bienn. Rente 68.70. — Consols mit 91½ gemeldet.

Haltung fest.

Der Incasso der Bant hat sich um 44 Mill. vermehrt.

Amsterdam, 16. Jänner. Duit. verz. 81. — 5perc. Met. 56. — 2perc. 29. — Nat.-Ausl. 62. — Wien fehlt.

London, 16. Jänner. Schlüsselfurs 91. — Lomb. 20. — Silber 62.

Breslau, 15. Jänner. Holländ. Dukaten 5.65 Geld, 5.71 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.65 Geld, 5.74 W. — Russischer halber Imperial 9.83 G. 9.98 W. — Russischer Silber-Mittelstiel ein Stück 1.85 G. 1.87 W.

# Amtsblatt.

Nr. 29845. Kundmachung. (59. 2-3)

Zur Ergänzung der Krakauer Handels- und Gewerbe-Gesellschaft an die Stelle der am 31. Dezember 1862 ausgetretenen Kammermitglieder und Gesägmänner wird die Neuwahl von sieben Mitgliedern und vier Gesägmännern nach der Wahlordnung vom 30. October 1855 auf den 15. März 1864 angeordnet.

Dies wird mit dem Bemerkung zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß diese Wahlen für den I. Wahlbezirk in Krakau, für den II. Wahlbezirk im Tarnow werden vorgenommen, und die Legitimationssachen den wahlberechtigten Handels- und Gewerbeleuten demnächst zukommen werden.

Die Listen über die zu Mitgliedern und Gesägmännern wählbaren Handels- und Gewerbeleute können bis zum Wahltage bei dem Magistrat in Krakau bei allen Kreisbehörden und allen Bezirksamtern am Wahltage selbst auch bei den Wahlcommissionen in Krakau und Tarnow eingesehen werden.

Von der f. f. Statthalterei-Commission:

Krakau, am 23. Dezember 1863.

## Odwieszczenie.

Dla uzupełnienia Izby handlowo-przemysłowej krakowskiej w miejsce członków i zastępców w dniu 31 Grudnia 1862 losem usuniętych, nowy wybór siedmiu członków i czterech zastępców na mocy ustawy o wyborach Izby handlowo-przemysłowej z dnia 30 Października 1855 na dzień 15go Marca 1864 rozporządza się.

Co niniejszym z tym dodatkiem do powszechniej wiadomości podanym zostaje, iż powierzone wybory dla pierwszego okręgu wyborczego w mieście Krakowie, zaś dla drugiego okręgu w Tarnowie przedsiębrane, i karty legitymacyjne wyborcze ze stanu handlowego i przemysłowego w krótko doreczone będą.

Spisy kupców i przemysłowców na członków i zastępców wybielnych, do dnia wyboru w Magistracie miasta Krakowa, tudzież we wszystkich władzach obwodowych i urzędach powiatowych, zaś na dniu wyboru w komisji wyborczej w Krakowie lub Tarnowie przejrzane być mogą.

Z c. k. Komisji namiestniczej.  
Kraków, dnia 23 Grudnia 1863.

Nr. 31672. Kundmachung. (63. 1-3)

Mit Beziehung auf die h. o. Verlautharung vom 21. November v. J. 3. 27955 wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß nach Mittheilung des f. f. österr. General-Consulates in Warschau vom 23. v. Mts. die Kinderpest in 153 Ortschaften des Königreiches herrscht, — im Okulz, Włocławek, Rawer und Częstochauer Bezirke aber erloschen ist.

Dieser weit verbreitete Seuchenstand macht es nothwendig, daß die gegen das Königreich Polen eingeleiteten veterinär-polizeilichen Maßregeln noch ferner aufrecht erhalten werden.

Von der f. f. Statthalterei-Commission:  
Krakau, am 7. Jänner 1864.

Nr. 19. Kundmachung. (64. 1-3)

In der ersten Hälfte des Monates December v. J. ist die Kinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in 15 Ortschaften u. zw. in Wysocko, Wolica baryłowa und Zabawa des Złoczower; Jastrzębica, Dobraczyn, Wolica, Komarowa, des Złotkiewer; Czerniszow, Zarzyce, Tysmienica, Kołodziejówka, Korysz ad Delatyn des Stanislauer; Siemakowce, Trofanówka des Kolomeaer, Kalusz, des Stryjer, und Wielka des Sanoker Kreises neu ausgebrochen; — dagegen in Mamczury ad Ruda, Rudoholisz, ad Grabowa, Józefów, Suszno des Złoczower und Szarpańce des Złotkiewer Kreises erloschen. Es werden demnach nach Hinzuzählung der noch verbliebenen 39 Seuchenorte 54 von der Kinderpest besetzten Ortschaften ausgewiesen, von denen 25 dem Złoczower, 16 dem Złotkiewer, 7 dem Stanislauer, 4 dem Kolomeaer und je 1 dem Stryjer und Sanoker Kreise angehören. Im Ganzen sind seit der am 24. August 1. J. erfolgten neuen Invasion der Seuche bei einem Viehstande von 34796 in 993 Höfen 3778 Kinder erkrankt, davon sind 439 genesen, 2947 gefallen, 336 frant und 497 seuchenverdächtig verfügt worden, während in 10 Ortschaften noch 56 seuchige Stücke ausgewiesen werden.

Diese Mittheilung der f. f. Statthalterei zu Lemberg wird im Interesse des Viehhandels zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Von der f. f. Statthalterei-Commission:  
Krakau, am 5. Jänner 1864.

Nr. 443. Edikt. (54. 3)

Vom f. f. Landesgerichte in Krakau wird bekannt gemacht, daß in Folge Ueberlegung des Herrn Adwokaten Dr. Rosenblatt von Bochnia nach Krakau, für die von denselben in Bochnia vertretenen gerichtlichen Geschäfte Dr. Adwokat Dr. Moritz Reines als dessen General-Substitut ernannt wurde.

Krakau, am 12. Jänner 1864.

## Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Nr. 73. Concurs-Ausschreibung. (60. 2-3)

Bermöge Erlasses der hohen f. f. Generaldirection des Grundsteuer-Catasters vom 27ten Dezember 1863, Zahl 60304/1205 ist die Mappen-Archivarsstelle in Zara zu bezeigen.

Auf diese mit einem Jahresgehalte von 945 fl. und mit der IX. Diätenclassie verbundene Stelle, haben außer den Mappen-Archivaren und den Evidenzhaltungs-Geometern nur solche Individuen Anspruch, welche durch längere Zeit als Unter-Directoren, Inspectoren oder Geometer bei den Catastral-Bermessungen oder bei dem Grundsteuer-Provisorium sich verwendet haben, und welche gleichzeitig die Kenntnis der LandesSprachen (deutsch, italienisch und slawisch) nachzuweisen im Stande sind.

Sollten sich Concurrenten finden, welche nicht aller drei LandesSprachen mächtig sind, so müßte die ausdrückliche Erklärung beigegeben werden, daß sich der Betreffende verpflichte, die ihm fehlende Sprache in möglichst kurzer Zeit und in dem Grade eignen zu machen, um den Anforderungen des Dienstes vollkommen entsprechend zu können.

Bewerber um diese Stelle haben ihre gehörig instruierten Gesuche unter Anschluß der Qualificationstabelle im vorgeschriebenen Dienstwege bis zum 15. Februar 1864 anhänger zu leiten.

Von der f. f. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 5. Jänner 1864.

Nr. 40. Concurs-Verlautharung. (58. 2-3)

Bei dem hierfürigen f. f. Bezirksamt in Skrzynina sind zwei Bezirksamts-Kanzlistenstellen mit dem Jahresgehalte von 367 fl. 50 kr. österr. Währ. in Erledigung gekommen.

Zur Besetzung dieser Stellen wird hiemit der Concurs bis 10. Februar 1864 ausgeschrieben.

Bewerber um diesen Posten haben ihre gehörig instruierten Gesuche innerhalb der Concursfrist im Wege ihrer vorgesetzten Behörde bei dem f. f. Bezirksamt in Skrzynina einzubringen, wobei bemerkt wird, daß auf geeignete disponibile Beamte vorzugsweise Rücksicht genommen werden wird.

R. f. f. Kreisbehörde.

Sandec, 7. Jänner 1864.

Nr. 4009. Edict. (61. 2-3)

Vom f. f. Bezirksamt als Gerichte in Gorlice, wird dem, dem Wohnorte nach unbekannten Christoph Rydzowski aus Lemberg hiemit bekannt gemacht, daß wider ihn Jakob Schia Alexandrowicz unter dem 2. Jänner 1863, 3. 8, die Klage um Anerkennung des Eigentumns des Klägers zu dem durch ihn gepfändeten Bergöls ausgetragen habe.

Da der Wohnort des beläugten Christoph Rydzowski unbekannt ist, so wurde denselben ein Curator in der Person des hierortigen israelitischen Gemeindevorstehers Dr. Berl Leichtag bestellt, demselben die Klage einbehändig, und zur mündlichen Verhandlung die Tagfahrt auf den 12. April 1864 um 9 Uhr Vormittags hiergerichtet anbringt, wovon derselbe hiemit mit der Aufrufung in die Kenntnis gesetzt wird, damit er dem bestellten Curator seine Rechtsbehelfe mittheile, oder einen andern Sachwalter dem Gerichte namhaft mache.

R. f. f. Bezirksamt als Gericht.

Gorlice, am 17. Dezember 1863.

L. 22936. Edikt. (50. 3)

Ces. kr. Sąd krajowy czyni wiadomo niniejszym edyktom pp. Teresie Dembiński, Józefowi Dembińskiemu, Janowi Dembińskiemu, Antoniemu Dembińskiemu, Stanisławowi Ostrzeszowowi, Wiktory z Dembickich Ostrzeszowowej, Eustachiemu Morsztynowi, Janowi Morsztynowi, Tekli Kowalewskiej, Annie Kowalewskiej, Janowi Kowalewskiemu, Hilaremu Kowalewskiemu, Augustynie Weiss, Maryannie Radeckiej, Barbarze z Gostkowskich Kowalewskiej, Aleksandrowi Weiss, Zofii z Kowalewskich Łobeskim, Anastazji z Kowalewskich Duninowej, Franciszkowi Kowalewskiemu Teofilowi Kowalewskiemu, Ignacemu Kowalewskiemu, Maryannie Kowalewskiej, Honoracie z Kowalewskich Conradi, Pulchery z Kowalewskich Maliszewskiej, Felicyannie z Kowalewskich Paflowej, Ludwice Kowalewskiej, Olimpii Teodorze 2 imion Kowalewskiej, Angelu z Wilkoszewskich 1go ślułu Kowalewskiego 2go Duninowej i Katarzynie z Wilkoszewskich Radeckiej, — że przeciw nim p. Teofila Znamiecka pod dniem 28 Grudnia 1863, do l. 22936 względem orzeczenia, iż wszelkie prawo żądania z hypoteki dóbr Zembrzyce sumę 144752 złp. z proc. i sumę 20000 złp. z proc. w stanie biernym dóbr Zembrzyce dom. 2 pag. 303 n. 24 on., dom. 2 pag. 306 n. 35 on., dom. 144 pag. 275 n. 43 on., dom. 144 pag. 276 n. 45 on., dom. 240 pag. 26 n. 49 on., dom. 240 pag. 26 n. 48 on., dom. 240 pag. 27 n. 51 on., dom. 240 pag. 28, n. 54 on., Dom. 240 pag. 30 n. 57 on. intabulowane, jak również wszelkie prawo roszczenia jakakolwiek pretensye, z hypoteki tych dóbr i powyższych sum z powodu podciezarów tychże sum instr. 13 pag. 332 n. 1 on., instr. 13 pag. 332 n. 3 on., instr. 13 pag. 334 n. 4 on., instr. 296 pag. 349 n. 1 on., instr. 296 pag. 350 n. 2 on., instr. 296 pag. 351 n. 3 on., dom. 84 pag. 480 n. 11 on., instr. 13 pag. 335 n. 5 ext., dom. 144 pag. 275 n. 2 ext., instr.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.

Edikt.

Ces. kr. Sąd krajowy w Krakowie niniejszym wiadomo czyni, iż z powodu przeniesienia p. Adwokata Dr. Rosenblatta z Bochni do Krakowa p. Adwokat Dr. Maurycy Reines generalnym substytutem tegoż do praw przez p. Adwokata Dra. Rosenblatta w Bochni zastępowanych mianowanym zostało.

Kraków, 12 Stycznia 1864.